

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.765.072

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3328/J-NR/2025

Wien, am 21. November 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Harald Schuh, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. September 2025 unter der Nr. **3328/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Zahnbehandlung in Justizanstalten“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Können Sie ausschließen, dass in österreichischen Justizanstalten im Bereich der Zahnheilkunde Behandlungen durchgeführt werden, die außerhalb der gesetzlichen Vorgaben liegen?*
 - a. *Falls ja, warum?*
 - b. *Falls ja, wieso erreichen dann konkrete Insider-Informationen die Medien, die klar Gegenteiliges belegen?*
 - c. *Falls nein, warum nicht?*
 - d. *Falls nein, welche Maßnahmen haben Sie bisher dagegen ergriffen?*
(Bitte um Aufschlüsselung nach Datum, Inhalt der Maßnahme und aktuellen Umsetzungsstand)

Zu a.: Mit den in den Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren tätigen Zahnärzt:innen sind Kooperationsverträge auf Basis der Honorarordnung für

Vertragszahnärzt:innen abgeschlossen. Nur diese Leistungen können in der Datenbank der Integrierten Vollzugsverwaltung IVV-MED eingetragen und abgerechnet werden. Dies betrifft konservierende und chirurgische Leistungen. Bei Prothesen können nur Kunststoffprothesen nach vorheriger chefnärztlicher Bewilligung auf Kosten des Bundes angefertigt werden. Die Zahnärzt:innen können auch, unter der Voraussetzung, dass freie Kapazitäten und die notwendige technische Ausstattung vorhanden sind, Privatleistungen auf Kosten der Insass:innen erbringen. Für diese Leistungen gibt es keinen Zuschuss.

Zu den Fragen 2 und 4:

- *Welche Justizanstalten verfügen mit Stichtag der Anfrage über zahnärztliche Einrichtungen (Zahnordinationen)? (Bitte um Aufschlüsselung nach Justizanstalt, Bundesland und Baujahr der zahnärztlichen Einrichtung)*
 - a. *Welche Kosten trägt beim Betrieb von Zahnordinationen Ihr Ministerium?*
 - b. *Welche Kosten sind beim Betrieb von Zahnordinationen durch den Zahnarzt selbst zu tragen?*
 - c. *Wie hoch waren die jährlichen Gesamtkosten für den Betrieb aller Zahnordinationen in den Justizanstalten (inkl. Honorare, Personal, laufender Betrieb)? (Bitte um Aufschlüsselung auf die Jahre 2021 bis 2024)*
- *Welche Zahnärzte ordinieren in den einzelnen Justizanstalten? (Bitte um Aufschlüsselung nach Zahnarzt, Justizanstalt, Bundesland und die Jahre 2021 bis 2024)*

	JA/FTZ	Baujahr ¹
NÖ	GERASDORF	2017
	GÖLLERSDORF	2021
	HIRTENBERG	2020
	KORNEUBURG	2012
	KREMS AN DER DONAU	2016
	SCHWARZAU	2022
	SONNBERG	2019
	ST. PÖLTEN	1982
	STEIN	2022
OÖ	WIENER NEUSTADT	2022
	ASTEN	2024
	GARSTEN	2023
	LINZ	2022
	RIED IM INNKREIS	2025
	SUBEN	2023

¹ Das in der Tabelle angegebene Baujahr bezieht sich entweder auf das Jahr der Einrichtung der Ordination oder im Falle einer Sanierung auf dieses.

	WELS	2002
	EISENSTADT	2016
	FELDKIRCH	2023
STM	GRAZ-JAKOMINI	2020
	GRAZ-KARLAU	2022
	LEOBEN	2005
T	INNSBRUCK	2025
K	KLAGENFURT	1991
S	SALZBURG	2015
W	WIEN-FAVORITEN	2015
	WIEN-JOSEFSTADT	im Umbau, Eröffnung vorauss. 2026
	WIEN-SIMMERING	2000

Zu a.: Seitens des Bundesministerium für Justiz werden den Zahnärzt:innen die geeigneten Räumlichkeiten, das erforderliche Mobiliar und die notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Die Wartung der Ordinationsausstattung obliegt den Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren.

Zu b.: Grundsätzlich sind von dem:der Zahnarzt:Zahnärztin die Kosten für die eigenen Betriebsmittel zu tragen. Insbesondere erfolgt die Beschaffung der für die Zahnbehandlung notwendigen Materialien (Füllungs- und Abdruckmaterial etc.) sowie deren fachgerechte Entsorgung durch den:die Zahnarzt:Zahnärztin und geht zu dessen:deren Lasten.

Zu c.: Hinsichtlich der Kosten für Honorare darf auf die Beantwortung der Frage 3 verwiesen werden. Angaben zu den sonstigen Personalkosten (bspw. von in den Ordinationen Dienst versehenen Justizwachbediensteten) oder Betriebskosten wie Strom etc. können aufgrund der fehlenden Möglichkeit einer zielgenauen Zuordnung der jeweiligen Kapazitäten zu den Zahnarztordinationen nicht erfolgen.

In den Jahren 2021 bis 2024 ordinierten insgesamt 35 verschiedene Zahnärzt:innen in Justizanstalten. Darüberhinausgehende Informationen können aufgrund berechtigter Interessen im Sinne des Datenschutzes nicht erteilt werden.

Zur Frage 3:

- *Wie hoch waren die jährlichen Honorare der ordinierenden Zahnärzte in den Justizanstalten? (Bitte um Aufschlüsselung nach Justizanstalt, Zahnarzt, Bundesland und die Jahre 2021 bis 2024)*

2021	2022	2023	2024	Gesamt
1.708 714,52	1.766 542,42	1.986 701,17	2.205 577,84	7.667 535,95

Eine Aufschlüsselung nach Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren sowie den einzelnen Zahnärzt:innen kann mangels automationsunterstützter Auswertung und aufgrund des unvermeidbar hohen Verwaltungsaufwandes nicht erstellt werden.

Zu den Fragen 5 und 6:

- *5. Gab es Verdachtsfälle bezüglich ungerechtfertigter Leistungsabrechnung durch Zahnärzte in Justizanstalten aufgrund von zu hohen Jahreshonoraren?*
 - a. Falls ja, welche Justizanstalten waren betroffen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Höhe der Jahreshonorare)*
 - b. Falls nein, welche interne Kontrolle ist diesbezüglich sichergestellt?*
- *6. Gab es Verdachtsfälle bezüglich über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinausgehende Behandlungen durch Zahnärzte in Justizanstalten aufgrund von zu hohen Jahreshonoraren?*
 - a. Falls ja, welche Justizanstalten waren betroffen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Höhe der Jahreshonorare)*
 - b. Falls nein, welche interne Kontrolle ist diesbezüglich sichergestellt?*

Die medizinische Freigabe der Monatsabrechnung der Zahnärzt:innen erfolgt erst nach einer Plausibilitätskontrolle durch die Chefzahnärztin. Im Rahmen von allfälligen Unregelmäßigkeiten werden diese mit den Zahnärzt:innen besprochen und die Abrechnungen entsprechend korrigiert.

Zur Frage 7:

- *Laut der Sprecherin des Justizministeriums im einleitend angeführten Artikel der Kronen Zeitung von 2. Juni 2025 gibt es im Bereich der Zahnmedizin regelmäßig chefarztliche Visiten in allen Justizanstalten. Bitte um Auflistung, welche Justizanstalten überprüft wurden, aufgeschlüsselt auf die Jahre 2021 bis 2024, die Bundesländer, die Justizanstalt sowie die konkreten Beanstandungen bzw. Ergebnisse.*

Chefzahnärztliche Visiten werden regelmäßig nach einem einheitlichen Protokoll durchgeführt. Auf die untenstehende Tabelle zu den durchgeführten Visiten im abgefragten Zeitraum wird verwiesen. Eine Übermittlung der konkreten Beanstandungen und Ergebnisse würde aufgrund der notwendigen händischen Auswertung sämtlicher Protokolle

einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand darstellen, weshalb davon Abstand genommen werden muss.

2021	Datum	JA/FTZ
NÖ	20.01.2021	Schwarzau
NÖ	20.01.2021	Gerasdorf
OÖ	19.05.2021	Wels
OÖ	19.05.2021	Linz
NÖ	25.06.2021	Wr. Neustadt
SAL	08.07.2021	Salzburg
STM	15.07.2021	Jakomini
STM	15.07.2021	Karlau
K	16.07.2021	Klagenfurt
OÖ	12.08.2021	Suben
NÖ	14.10.2021	Stein
NÖ	14.10.2021	St. Pölten
NÖ	22.11.2021	Krems

2022	Datum	JA/FTZ
W	13.01.2022	Simmering
SAL	22.02.2022	Salzburg
T	23.02.2022	Innsbruck
NÖ	29.07.2022	Sonnberg
NÖ	29.07.2022	Göllersdorf
NÖ	06.09.2022	Schwarzau
NÖ	06.09.2022	Hirtenberg
B	06.09.2022	Eisenstadt
NÖ	21.09.2022	Korneuburg
STM	28.11.2022	Karlau
STM	28.11.2022	Jakomini
OÖ	28.12.2022	Linz

2023	Datum	JA/FTZ
NÖ	28.02.2023	Korneuburg
T	02.03.2023	Innsbruck
NÖ	24.02.2023	Krems
V	03.03.2023	Feldkirch
NÖ	30.03.2023	Sonnberg
NÖ	30.03.2023	Göllersdorf
NÖ	13.06.2023	Wr. Neustadt
NÖ	07.06.2023	St. Pölten
NÖ	31.08.2023	St. Pölten
T	01.09.2023	Innsbruck
OÖ	25.09.2023	Wels

2024	Datum	JA/FTZ
OÖ	29.02.2024	Linz
W	22.05.2024	Simmering
STM	04.06.2024	Jakomini
STM	04.06.2024	Karlau
NÖ	08.07.2024	St. Pölten
OÖ	14.08.2024	Suben
NÖ	18.09.2024	Schwarzau
SAL	24.09.2024	Salzburg
NÖ	07.10.2024	Korneuburg
V	05.11.2024	Feldkirch
T	06.11.2024	Innsbruck
NÖ	04.12.2024	Hirtenberg
NÖ	04.12.2024	Wr. Neustadt

Zur Frage 8:

- *Laut der Sprecherin des Justizministeriums im einleitend angeführten Artikel der Kronen Zeitung von 2. Juni 2025 „werden aktuell Einsparungsmöglichkeiten geprüft“. Welche konkret?*

Seitens der Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen wurde die Möglichkeit einer Benutzungsgebühr für die Zahnarztordination in den jeweiligen Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren geprüft. In weiterer Folge wurde ein neuer Kooperationsvertrag erstellt, der für alle zukünftigen Zahnärzt:innen eine Benutzungsgebühr in Höhe von 6% vorsieht. Dieser Mustervertrag wurde an alle Justizanstalten und Forensisch-therapeutische Zentren übermittelt und diese wurden auf die neue Vorgehensweise hingewiesen. Die mit den Zahnärzten in der Justizanstalt Wien-Josefstadt sowie der Justizanstalt Klagenfurt neu abgeschlossenen Kooperationsverträge enthalten diese Benutzungsgebühr bereits.

Derzeit werden zudem weitere Einsparungsmöglichkeiten bezüglich Kostenbeteiligung von Insass:innen geprüft.

Zur Frage 9:

- *Gab es Maßnahmen seitens Ihres Ministeriums aufgrund der Anfragebeantwortung 194/AB2 XXVIII. GP?*

a. Falls ja, welche? (Bitte um Aufschlüsselung nach Datum der Veranlassung, Inhalt und konkreten Umsetzungsstand)

b. Falls nein, warum nicht, wenn der Steuerzahler für 42.863 HäftlingsPlomben in den letzten drei Jahren aufkommen musste?

Im Bereich der Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren werden nur Füllungsmaterialien für Plomben verwendet, die entsprechend der Honorarordnung der Sozialversicherungen verrechnet werden können. Aus diesem Grund werden die Kosten durch den Bund getragen.

Zur Frage 10:

- *Wie hoch waren die Einnahmen durch Selbstkostenbeiträge von Häftlingen für Zahnbehandlungen, auf die in der Anfrage 194/AB XXVIII. GP in der letzten Antwort verwiesen wird? (Bitte um Aufschlüsselung auf die Jahre 2021 bis 2024)*

Bei den nachfolgend ausgewiesenen Selbstkostenbeiträgen handelt es sich um keine Einnahmen, es wird lediglich die Auszahlung aus Staatsgeldern reduziert (Beträge in Euro).

2021	2022	2023	2024	Gesamt
69 016,22	97 550,03	60 830,96	78 623,50	306 020,71

Zu den Fragen 11 und 12:

- *Welche Zahnfüllungen wurden im Kalenderjahr 2024 für Häftlinge durch das Bundesministerium für Justiz übernommen? (Bitte um Aufschlüsselung in konkretes Füllmaterial, sowie Anzahl, Kosten, Bundesland und Justizanstalt)*
- *Welche Zahnfüllungen wurden im Kalenderjahr 2025 für Häftlinge durch das Justizministerium bisher (Stichtag: Zeitpunkt der Anfrage) übernommen? (Bitte um Aufschlüsselung in konkretes Füllmaterial, sowie Anzahl, Kosten, Bundesland und Justizanstalt)*

Entsprechend der Honorarordnung werden im Front- und Eckzahnbereich Füllungen mit Komposite oder ähnlichen Materialien gelegt, im Seitzahnbereich waren vertragliche Materialien Amalgame, Silikane und Steinzemente.

Im Front- und Eckzahnbereich sind Füllungen mit Komposite mit Säureätztechnik Vertragsleistungen und können über die IVV-MED verrechnet werden.

Im Seitzahnbereich waren Amalgame, und sind Silikat- und Steinzemente vertragliche Füllungsmaterialien und können über die IVV-MED abgerechnet werden.

Seit Jänner 2025 wird anstelle der Position 9 – Aufbau mit Höckerdeckung – die Pos. 92 mit Amalgamersetzender Aufbau mit Höckerdeckung im Seitzahnbereich verwendet werden.

Die Auswertung des konkreten Füllmaterials, der Anzahl etc. könnte nur händisch erfolgen und stellt daher einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand dar.

Zur Frage 13:

- *Nachdem Amalgam-Füllungen seit 1. Jänner 2025 EU-weit verboten sind - mit welchen Füllmaterial arbeiten die Zahnärzte in den Justizanstalten seither?*
 - a. Wie viele Zahnfüllungen sind 2025 bisher (Stichtag: Zeitpunkt der Anfrage) in den Justizanstalten durchgeführt worden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Justizanstalt und Bundesland)*
 - b. Welche Mehrkosten sind seit dem 1. Jänner 2025 bei Zahnfüllungen im Vergleich zu Amalgam-Füllungen angefallen?*
 - c. Nachdem ÖGK-Versicherte teilweise bis zu 100 Euro Selbstbehalt für amalgamfreie Füllungen zahlen müssen, obwohl sie in die Sozialversicherung einzahlen: Wie hoch waren die Selbstbehalte durch Häftlinge, die seit 1. Jänner 2025 für Füllungen ohne Amalgam eingehoben wurden?*

Zu a.: Insgesamt wurden bisher im Jahr 2025 10.268 Zahnfüllungen durchgeführt (siehe die angeschlossene Beilage zu Punkt 13 a).

Zu b.: Anstatt der Pos. 9 Aufbau mit Höckerdeckung (85,80 Euro) wird nun die Pos. 92 Amalgamersetzender Aufbau im Seitzahnbereich (127,20 Euro) verrechnet werden.

Die Auswertung ist nur händisch möglich und löst daher einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand aus, weshalb diese unterbleiben muss.

Zu c.: Seit dem Verbot von Amalgamfüllungen werden im Seitzahnbereich die Kosten für Silikat- und Steinzementfüllungen übernommen. Dies ist ebenfalls eine Vertragsleistung entsprechend der Honorarordnung (gleicher Tarif wie Amalgamfüllungen). Die einzige Ausnahme betrifft die Position 9 – Aufbau mit Höckerdeckung (85,80 Euro), da diese mit Silikat- oder Steinzement nicht möglich ist.

Daher wird die Position 92 – Amalgamersetzender Aufbau im Seitzahnbereich (127,20 Euro) bei Verwendung von Komposite verrechnet werden. Selbstbehalt wird keiner verrechnet.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

